

Am 8.10.
beide Stimmen
für GRÜN 



Wahlprogramm

Bezirkswahl

solidarisch. weltoffen. ökologisch. fair. GRÜN.

GRÜNE UNTERFRANKEN

Liebe Wählerinnen und Wähler,

am 8. Oktober 2023 wird der unterfränkische Bezirkstag gewählt.

Sie entscheiden, **wer** dem künftigen Bezirkstag angehört und Sie entscheiden, **mit welchen Themen** sich der Bezirk Unterfranken in den nächsten 5 Jahren politisch **entwickeln** wird.

Was hat der Bezirk Unterfranken **mit mir** zu tun?

Die Bezirkstage sind die sogenannten **Sozialparlamente** in Bayern:

- ☀ Sie helfen allen, die eine Behinderung haben, damit diese ein selbstbestimmtes Leben gestalten können
- ☀ Sie helfen den Menschen in seelischen Krisensituationen und bieten ihnen eine moderne psychiatrische Versorgung
- ☀ Sie beraten und unterstützen alle bei der Hilfe zur Pflege
- ☀ Sie fördern eine bunte und lebendige Kulturlandschaft und kurbeln künstlerische Karrieren an
- ☀ Sie führen in europäische Partnerschaften und ermöglichen eine engagierte Jugendarbeit in der Jugendbildungsstätte in Würzburg
- ☀ Sie beraten bei Fragen zu Fischerei- und Weinbau

Die Bezirke **sind wichtig, denn sie kümmern sich um die Menschen!**

Wir GRÜNE haben als zweitstärkste Fraktion im Bezirkstag viel bewegt und entscheidende Impulse gesetzt. Wir GRÜNE treten ein für eine **solidarische, weltoffene, ökologische und faire Bezirkspolitik**, weil uns die Menschen wichtig sind.

Wählen Sie deshalb mit beiden Stimmen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN!

Wir fordern:

Mehr Demokratie in den Bezirkstagen!

☀ **Direktwahl der Präsident*in analog zu anderen Spitzenämtern**

Die Bürgerschaft soll wie bei der Bürgermeister*innen oder Landrät*innenwahl selber entscheiden können, wer ihre nächste Bezirkstags-Präsident*in werden soll. Das hätte den Vorteil, dass sich die Kandidat*innen mit einem Wahlprogramm den Menschen stellen müssten und sich jeder ein eigenes Bild machen könnte.

☀ **Schluss mit der Ämterhäufung - Hauptamtlichkeit der Präsident*in**

Die Bezirke werden immer noch ehrenamtlich von einer Präsident*in regiert. Und das trotz erheblichen Aufgabenzuwachses in den letzten 20 Jahren. Die Bezirke tragen darüber hinaus große Verantwortung für einen Haushalt in Milliardenhöhe und viele tausend Mitarbeiter*innen. Alle 7 Bezirke haben sich dafür ausgesprochen, das anspruchsvolle Präsident*innenamt hauptamtlich führen zu wollen. Die Entscheidung darüber muss der Landtag treffen.

☀ **Ohne Moos nix los - Bezirke brauchen eine Finanzreform**

Als Bestandteil der kommunalen Familie müssen die Bezirke von den Finanzaufweisungen des Freistaates Bayern genauso berücksichtigt werden wie Städte, Landkreise und Gemeinden. Von den 10 Milliarden € für die kommunale Familie fordern die Bezirke 1 Milliarde €, um zumindest halbwegs ihren sozialen Aufgaben gerecht werden zu können. Darüber hinaus sollen die Bezirke in den sog. Quotalen Steuerverbund des Freistaates mit aufgenommen werden, um gleichberechtigt ihre finanziellen Interessen vertreten zu können.

☀ **Mut zur Klage - Konnexitätsprinzip einfordern**

Wer bestellt, bezahlt. Nach diesem Prinzip werden neue Gesetze finanziert. Wenn der Bund oder das Land Gesetze verabschieden, die von den Bezirken umgesetzt werden müssen, dann muss der Bund auch die vollständige Finanzierung sicherstellen. Oft genug bleiben die Bezirke auf den Kosten sitzen. Sie sollten den Mut haben, die dringend benötigten Mittel einzuklagen und das Konnexitätsprinzip anzuwenden.

Was wollen wir GRÜNE in Unterfranken bewirken?

Wir GRÜNE stehen für eine Politik, die Mensch und Natur in den Mittelpunkt stellt. Unser aller Zukunft muss ökologisch, sozial gerecht, fair und barrierefrei sein.

- ☀ **Inklusion: Teilhabe für alle – je nach Bedarf** 5
- ☀ **Inklusion: Digital – einfach und transparent** 6
- ☀ **Inklusion „Nichts über uns ohne uns“** 7
- ☀ **Inklusion: Selbstbestimmt leben** 8
- ☀ **Inklusion: Arbeitsleben neu betrachtet** 9
- ☀ **Inklusion: Selbstbestimmt wohnen - ein Menschenrecht** 10
- ☀ **Mobilität – der Schlüssel zur Teilhabe** 11
- ☀ **Freizeit und Bildung – „Die OBAs“** 12
- ☀ **SGB VIII Reform: Auf den Übergang kommt es an** 13
- ☀ **Gute Pflege in den Bezirken: Klatschen alleine reicht nicht!** 14
- ☀ **Moderne Psychiatrie in der Fläche** 15
- ☀ **GRÜNER Denkmalschutz** 17
- ☀ **Umwelt- und Klimaschutz ist Menschenschutz** 18
- ☀ **Faire, regionale und ökologische Produkte** 20
- ☀ **Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft** 22
- ☀ **Europa und der Bezirk: Wir denken über den Tellerrand hinaus!** 23
- ☀ **Lebendige Kulturlandschaft in Unterfranken** 24
- ☀ **Unsere GRÜNEN Kandidat*innen in Unterfranken** 26

Teilhabe für alle: Je nach Bedarf

GRÜNE sehen Vielfalt als Reichtum. Inklusion ist ein Gewinn für alle. Die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) beinhaltet Menschenrechte und ist seit 2007 geltendes Recht in Deutschland. Alle Menschen müssen gleiche Möglichkeiten zur Teilhabe bei Bildung und Arbeit, bei Wohnen und Freizeit, bei Sport und Kultur haben. Dabei haben Selbstbestimmung und ein solidarisches Miteinander für uns höchste Priorität.

GRÜNE Positionen:

- ☀ Die Antragsverfahren für Leistungen zur Teilhabe müssen **verständlich und transparent** sein.
- ☀ Die Bescheide mit der Bewilligung der Leistungen müssen **zügig** bei den Antragstellenden sein.
- ☀ **Niederschwellige und wohnortnahe Beratung** ist dafür notwendig.
- ☀ Die Bedarfsermittlung muss **auf Augenhöhe** erfolgen.
- ☀ Menschen mit Behinderung werden dabei selbstverständlich als **Expert*innen in eigener Sache** betrachtet.



Digital: einfach und transparent

Die Bezirksverwaltung ist sich laufend ändernden gesetzlichen Rahmenbedingungen ausgesetzt. Der Bezirk hat bereits begonnen, auf **digitales Amt** umzustellen. Dieser Prozess soll weiter intensiviert werden. Konkret bedeutet das etwa die zügige Einführung der **elektronischen Akte** und die rasche Umsetzung der **elektronischen Rechnung (E-Rechnung)**.

Sowohl die Bürger*innen, als auch kooperierenden Einrichtungen, sollen in naher Zukunft komplett papierlos mit dem Bezirk kommunizieren können. Durch eine gut geplante Digitalisierung wird eine größere Effizienz erreicht und Verwaltungskosten werden reduziert. Das kann mehr finanzielle Spielräume schaffen.

GRÜNE Positionen:

- ☀ Wir unterstützen die Bezirksverwaltung durch die Bereitstellung ausreichender **finanzieller Ressourcen**.
- ☀ Für Menschen, die digitale Möglichkeiten nicht nutzen können oder wollen, müssen weiterhin **niederschwellige bzw. persönliche Angebote** zur Verfügung stehen.
- ☀ Uns ist es besonders wichtig, dass die Bezirksverwaltung eine **klare und leicht verständliche Sprache** verwendet.
- ☀ Falls eine komplizierte „Rechtssprache“ nötig ist, sollen entsprechende Schriftstücke mit einem **Begleittext in leichter Sprache** versehen werden.
- ☀ Der Bezirk besitzt eine Doppelrolle als Behörde, die einerseits Hilfesuchende berät, andererseits auch Leistungen bewilligt. Deshalb muss der Bezirk auch über **unabhängige Beratungsangebote informieren**.



„Nichts über uns ohne uns!“

Der Bezirk erfüllt viele Aufgaben und gewährt Leistungen für die Personengruppe der Menschen mit Behinderung. Daher muss der Bezirk die Durchsetzung und Förderung der Rechte von Menschen mit Behinderung als zentral ansehen und ist der Wertschätzung von Vielfalt in der Gesellschaft im Besonderen verpflichtet. Dabei spricht und entscheidet er nicht **über** die Menschen mit Behinderung, sondern **mit** ihnen.

GRÜNE Positionen:

- ☀ Wir Grüne wollen die **Gründung eines Beirats für Inklusion** nach dem Vorbild Oberbayerns.
- ☀ Der **Inklusionsbeirat** soll gemeinsam mit den Beauftragten für Behinderung und Inklusion für alle Fragen zu Teilhabe, Partizipation, Selbstbestimmung und Barrierefreiheit beim Bezirk gehört werden und Antragsrecht haben.
- ☀ Der Bezirk lädt regelmäßig zu **barrierefreien Veranstaltungen** ein, um über seine Aufgaben und Angebote zu informieren. Insbesondere kooperiert er mit Bildungsträgern vor den Bezirkswahlen.



Selbstbestimmt leben

Seit 2008 gibt es einen Rechtsanspruch auf das sogenannte **“Persönliche Budget“** für Menschen mit Behinderung.

Auf der Basis des Wunsch- und Wahlrechtes soll das persönliche Budget die selbständige Teilhabe am Leben gewährleisten. Das bedeutet, dass die Bezieher*innen des persönlichen Budgets selbst entscheiden können, wann und welche Form der Assistenz nötig ist und wer sie leistet.

GRÜNE Positionen:

- ☀️ Umfassende, barrierefreie und objektive Aufklärung des Bezirkes über das persönliche Budget in Form von Sprechstunden, einem Beratungstelefon und engmaschiger Zusammenarbeit mit Selbsthilfeverbänden.
- ☀️ Anerkennung der tatsächlichen Bedarfe auf der Basis der Erfahrung der (zukünftigen) Leistungsnehmer*innen und Vertrauenspersonen.
- ☀️ Die Stundensätze für die Assistenz müssen so berechnet sein, dass geeignetes Personal zu finden ist und gehalten werden kann.
- ☀️ Leistungen für Budgetassistenz und ggf. Steuerberatung (beim Arbeitgeber*innenmodell) werden – wie in anderen Bundesländern auch – bereitgestellt.
- ☀️ Bei den vorgeschriebenen Überprüfungen der Bedarfe und Leistungen finden grundsätzlich Gespräche auf Augenhöhe statt.



Potentiale erkennen, Chancen nutzen: Arbeitsleben neu betrachtet

Die UN-Behindertenrechtskonvention verlangt den gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt für Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen. Deutschland steht seit Jahren in der Kritik wegen seines aussondernden Bildungs- und Arbeitsmarktsystems und der geringen Anzahl an **inklusiven Arbeitsplätzen**. Eine gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsleben für alle Menschen ist die wichtigste Voraussetzung für eine vielfältige inklusive Gesellschaft.

GRÜNE Positionen:

- ☀️ Wir setzen uns für echtes Wahlrecht bei Ausbildungs- und Arbeitsplatz ein!
- ☀️ Arbeitgeber*innen sollen ermutigt und verstärkt gefördert werden, inklusive Arbeitsplätze anzubieten.
- ☀️ Beim Übergang von der Schule in den Beruf stärken wir die Möglichkeiten von Job-Coaching, um berufliche Perspektiven auch für Menschen mit Behinderung zu schaffen.
- ☀️ Für Menschen, die einen geschützten Arbeitsplatz wünschen, sollen geeignete Plätze ohne Leistungsdruck bestehen bleiben.
- ☀️ Werkstätten für Menschen mit Behinderung sollen geöffnet und durch vielfältigere Berufs- und Betätigungsfelder inklusiver gestaltet werden. So können Menschen mit und ohne Unterstützungsbedarf gleichberechtigt nebeneinander arbeiten.
- ☀️ Der Bezirk als Arbeitgeber soll **Vorbildfunktion für Inklusion** am Arbeitsplatz erfüllen.
- ☀️ Unterfrankenweit regen wir **inklusive Jobmessen** an.

Selbstbestimmt wohnen: ein Menschenrecht

Jeder Mensch hat das Recht darauf, nach eigenen Wünschen und Vorstellungen zu wohnen. Der Wohnungsmarkt ist auch in Unterfranken stark angespannt. Menschen mit Behinderungen haben auf diesem Markt aufgrund ihrer besonderen Bedürfnisse, etwa im Hinblick auf Barrierefreiheit oder die notwendige Erreichbarkeit der Wohnung mit dem ÖPNV, noch weniger Chancen geeignete Angebote zu finden.

Hinzu kommt der individuell sehr unterschiedliche Bedarf an Unterstützung bei der Bewältigung des Alltags daheim.

Da sowohl der geeignete Wohnraum als auch das für die selbständige Lebensführung unter Umständen nötige Assistenzpersonal knapp sind, leben Menschen mit Behinderungen teilweise bis ins hohe Erwachsenenalter unfreiwillig noch bei ihren Eltern oder anderen nahen Angehörigen. **Diesen Zustand müssen und wollen wir ändern!**

Wir GRÜNE fördern und unterstützen die Schaffung neuer Wohnangebote für Menschen mit den unterschiedlichsten Einschränkungen und Bedarfen auch in Zusammenarbeit mit den Trägern der freien Wohlfahrtspflege. Dabei legen wir Wert auf vielfältige Wohnformen (nicht nur Angebote in Heimen), die den Menschen ein Höchstmaß an individueller Selbstbestimmung ermöglichen.

GRÜNE Positionen:

- ☀ Zentralgelegene, kleinere und gut an die örtliche Nahversorgung angebundene Wohnformen unterschiedlicher Art in ganz Unterfranken.
- ☀ Wohnangebote, die auch stark eingeschränkten Menschen ein eigenständiges Leben (etwa durch persönliche Assistenz) anbieten.
- ☀ Der Bedarf an geeigneten, vielfältigen Wohnformen ist in Zusammenarbeit mit Selbsthilfe- und Wohlfahrtsverbänden regelmäßig zu ermitteln.
- ☀ Intensivere Betreuungs- und Assistenzformen müssen mit den notwendigen finanziellen Mitteln ausgestattet und dadurch ermöglicht werden.
- ☀ Die gesetzlichen Rahmenbedingungen (wie z. B. das Pflege- und Wohnqualitätsgesetz) müssen sich nach den Bedürfnissen der Menschen orientieren, nicht die Bedürfnisse nach den Gesetzen.

Mobilität: Der Schlüssel zur Teilhabe

Damit Menschen mit Behinderungen ihre Menschenrechte gleichberechtigt wahrnehmen können, müssen sie das eigene Zuhause und alle anderen Orte des gesellschaftlichen Lebens ungehindert erreichen können. Dazu muss der ÖPNV grundlegend barrierefrei werden und zwar in allen Facetten, aber auch die individuelle Mobilität derjenigen Menschen mit Behinderung sichergestellt sein, die den ÖPNV nicht nutzen können.

Das besondere Augenmerk muss auf den Personen liegen, die nicht einen einfachen PKW nutzen können, sondern aufgrund der Behinderung ein rollstuhlgerechtes Fahrzeug benötigen.

GRÜNE Positionen:

- ☀ Die neue Mobilitätsrichtlinie muss laufend evaluiert und stetig mit den Betroffenen in Selbsthilfeverbänden und im unterfränkischen Behindertenbeirat den Bedürfnissen und Gegebenheiten vor Ort reflektiert und angepasst werden.
- ☀ Um Verbesserungen in der Mobilität zu erreichen, müssen alle Beteiligten an einen Runden Tisch des Bezirkes mit allen Kommunen, Selbsthilfeverbänden, Mobilitätsanbieter*innen (Fahrdienste, Taxiunternehmen, Bahnunternehmen etc.), Einrichtungen und dem unterfränkischen Behindertenbeirat geholt werden, um in transparenter Weise die Situation in Unterfranken zu evaluieren und geeignete Maßnahmen zu treffen.
- ☀ Hierbei ist insbesondere auf erschwingliche Fahrtkosten für die Nutzer*innen und Fahrtangebote zu Abend- und Wochenendzeiten sowie Angebote auf dem Land zu achten.
- ☀ Der Bezirk Unterfranken verbessert seine Website/APP mit barrierefreien Mobilitätsangeboten.
- ☀ Es wird auf die zeit- und kostenaufwendige Nachweispflicht verzichtet, wenn die Berechtigung zu Mobilitätsleistungen im Rahmen der Eingliederungshilfe festgestellt wurde.



Freizeit und Bildung: Die „OBAs“

Die Dienste der **Offenen Behindertenarbeit (OBA)** fördern die Teilhabe von Menschen mit Behinderung am sozialen Leben. Sie leisten darüber hinaus Unterstützung und Beratung für Menschen mit Behinderungen, Angehörige, Institutionen, Einrichtungen und Gremien.

GRÜNE Positionen:

- ☀ Wir setzen uns für die langfristige Unterstützung und angemessene finanzielle und personelle Ausstattung der Dienste ein.
- ☀ Besonderes Augenmerk muss auf der Förderung von inklusiven Angeboten und der Schulung in Vereinen und Organisationen im Freizeit- und Bildungsbereich liegen.
- ☀ Die Peerarbeit, also die Beratung von Betroffenen für Betroffene, wird auf allen Ebenen intensiv gefördert.



SGB VIII Reform:

Auf den Übergang kommt es an!

Mit der SGB VIII Reform werden Kinder mit Behinderung allen anderen Kindern gleichgestellt. Ab 2028 soll die Zuständigkeit für alle Kinder bei den Jugendämtern der Städte und Landkreise liegen. Der Übergang vom Bezirk an die Jugendämter erfolgt stufenweise.

Dies hat gravierende Anforderungen an die Umsetzung in der Praxis zur Folge. Es gilt, die Interessen von allen Kindern dabei fest im Blick zu behalten.

GRÜNE Positionen:

- ☀ Der Bezirk muss die betroffenen Familien an dem Übergangsprozess auf das zuständige Jugendamt beteiligen und darüber informieren.
- ☀ Der Bezirk hat für einen transparenten Ablauf zu sorgen.

Kinder mit Behinderung brauchen Familie und Freund*innen

Kinder mit Behinderung brauchen stabile Lebensbedingungen wie alle anderen Kinder auch. Da, wo Kinder nicht bei Ihren leiblichen Eltern aufwachsen können, gilt es familiäre Strukturen nach Möglichkeit zu schaffen. Auch im Freizeitbereich müssen wir Teilhabe ermöglichen.

GRÜNE Positionen:

- ☀ Das betreute Wohnen für Kinder mit Behinderung in Pflegefamilien soll gestärkt werden. Dies beinhaltet auch die aktive Suche nach Pflegefamilien sowie deren fachlicher Begleitung und Unterstützung.
- ☀ Wir setzen uns dafür ein, dass Kinder mit Behinderung in den Ferien ihre Schulfreund*innen sehen können. Dies kann bei Angeboten in den Schulen der Kinder geschehen. Auch eine inklusive Ferienbetreuung kann dabei die Eltern entlasten.



Gute Pflege in den Bezirken: Klatschen alleine reicht nicht!

Die Zahl der Pflegebedürftigen nimmt dramatisch zu. Eine angemessene körperliche und seelische Fürsorge ist nur mit ausreichend fachlich qualifiziertem Personal möglich. Das gilt ganz besonders für Menschen mit demenziellen Erkrankungen, die viel Zuwendung und Verständnis für ihre Krankheit brauchen. Pflegeberufe brauchen gute Aus- und Weiterbildung, bessere Arbeitsbedingungen, bessere Bezahlung, feste Dienstpläne. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie muss erleichtert werden über die gesetzlichen Ansprüche hinaus.

GRÜNE Position:

- ☀ Um die berechtigten Interessen der Pflegeberufe wirkungsvoll zu vertreten, soll eine **Pflegekammer** als berufsständische Vertretung eingerichtet werden.

Pflegende entlasten

Noch immer werden die meisten Menschen, die Pflege benötigen zuhause von ihren Angehörigen versorgt. Diese brauchen dringend Entlastung.

GRÜNE Positionen:

- ☀ **Runde Tische** mit allen Verantwortlichen in der Pflege sind nötig, um die zunehmenden Pflegeaufgaben der Zukunft erfüllen können.
- ☀ Bei **Kurzzeit-, Tagespflege- und Nachtpflegeplätzen** brauchen wir flexible Übergänge.
- ☀ **Alternativen Wohnformen** sind zu fördern, damit sich alle Generationen gegenseitig im täglichen Leben unterstützen und begleiten können.
- ☀ In flächendeckenden Pflegestützpunkten sollen auch **aufsuchende Angebote** gemacht werden, damit Hilfe **unkompliziert und schnell** zu den Menschen gebracht wird. Das wahrt ihre Eigenständigkeit und Unabhängigkeit.
- ☀ Weitere Entlastungsangebote für **pflegende Angehörige** werden konzipiert und ausgebaut (z. B. Urlaube, Entspannungstage).

Moderne Psychiatrie in der Fläche

Das Stadt-Land-Gefälle zeigt eine eklatante Ungleichheit in der Qualität und Erreichbarkeit der psychiatrischen Versorgung. Ein Auf- und Ausbau ambulanter, gemeindenaher Angebote mit unabhängiger Beratung, Begleitung und Behandlung muss im ländlichen Raum umgesetzt werden.

GRÜNE Positionen:

- ☀ Wir brauchen eine **ausreichende Anzahl** von Erwachsenen-, Kinder- und **Jugendpsychiater*innen** und **-psychotherapeut*innen**.
- ☀ Die **Vernetzung** von psychosomatischen und -therapeutischen Einrichtungen wie psychiatrische Institutsambulanzen und Tageskliniken ist zentral. Die **fachliche Kommunikation** zwischen allen Ebenen und allen Akteur*innen muss vom Bezirk federführend konzipiert und organisiert werden.
- ☀ Insbesondere die **schnelle und gleichzeitige Einbindung der betroffenen Stellen** wie Polizei, Gerichte, Jugendämter an einem runden Tisch kann Zuständigkeitsfragen sofort klären und nötige Hilfen ohne Zeitverluste effektiv zur Verfügung stellen.
- ☀ Das **Erfahrungswissen** psychiatrieeffahrener Menschen und ihrer Angehörigen ist in alle wesentlichen Entscheidungen mit einzubeziehen und soll auch im Austausch mit den Behörden genutzt werden.
- ☀ **Selbsthilfe** soll weiter gestärkt, unabhängige psychiatrische Beschwerdestellen (UpB) flächendeckend ausgebaut und die Landesverbände der Psychiatrieeffahrenen und der Angehörigen psychisch kranker Menschen ausreichend finanziert werden.
- ☀ **Suchtkranke Menschen** brauchen niedrigschwellige, Kontakt- und Beratungsangebote, die den Grundsätzen von Freiwilligkeit, Respekt und Anonymität folgen. Soweit Bedarf besteht, soll mit dezentralen Drogenkonsumräumen ein sicheres und niedrigschwelliges Angebot geschaffen werden.
- ☀ Die inzwischen gut aufgestellten und sehr erfolgreichen **Krisendienste** der Bezirke rund um die Uhr an 365 Tagen sollen **für Kinder und Jugendliche** geöffnet werden.



Moderne Psychiatrie in der Fläche

- ☀ **Prävention** muss im Sozialraum und in der Arbeitswelt eine wesentlich wichtigere Rolle spielen. Arbeitgeber*innen brauchen bessere Informationen wie sie ihre betrieblichen Gesundheitsangebote ausbauen und ihre Arbeitnehmer*innen in Krisen- und Belastungssituationen unterstützen und entlasten können. Lehrkräfte an den Schulen sollen für Krisen ihrer Schüler*innen sensibilisiert und aufgeklärt werden, um effektive Hilfe leisten zu können.

Psychiatrische Kliniken zukunftsfest gestalten

Die derzeitige **Krankenhausstrukturreform** wird auch Folgen für die stationären Psychiatrien haben müssen. Insbesondere zeigt das jetzige Finanzierungssystem große Nachteile, ist unflexibel und hat einen zu hohen administrativen und dokumentationspflichtigen Aufwand, der zulasten der Patientenversorgung geht. Die Kliniken müssen **spürbar entbürokratisiert und modern digitalisiert** werden. **Pflegepersonal hat seinen Platz bei den Patient*innen und nicht im Büro.**



Der Fachkräftemangel zwingt zu neuen Überlegungen

Die Fallzahlen in der Psychiatrie sind sprunghaft nach oben geklettert, leider auch bei Kindern und Jugendlichen. Die dringend nötigen Behandlungen stoßen auf lange Wartezeiten und überholte Strukturen.

GRÜNE Positionen:

- ☀ Starre Abgrenzungen zwischen ambulant und stationär werden flexibilisiert und besser miteinander verzahnt, um **sektorenübergreifend** arbeiten zu können.
- ☀ Patient*innen dürfen nicht nach der stationären Behandlung allein gelassen werden.
- ☀ In der von uns Grünen initiierten **Strukturkommission** arbeiten wir derzeit genau an **sektorenübergreifenden Konzepten**, die Hilfen schnell und unkompliziert zu den Menschen bringen.

Grüner Denkmalschutz

Der Erhalt und Schutz von Denkmälern ist eine zentrale Aufgabenstellung des Bezirks. Durch die Instandsetzung und -haltung von denkmalgeschützten Gebäuden werden die Zeugnisse des Lebens unserer Vorfahren erhalten. Auch wenn sich die Restaurierung solcher Objekte als aufwändig erweist, ist sie jede Mühe wert, denn auch Denkmalschutz ist Nachhaltigkeit!

GRÜNE Positionen:

- ☀ Wir fördern besonders Projekte, die ein Denkmal mit gesellschaftlichem Mehrwert erhalten oder Instand setzen, beispielsweise um es später als Dorfzentrum, Wirtshaus, Club oder Tante-Emma-Laden der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.
- ☀ Wir wollen uns außerdem dafür einsetzen, dass der barrierefreie Aus- und Umbau von denkmalgeschützten Gebäuden leichter möglich wird. Hier muss ganz klar der Mensch vor Gebäude gehen und notwendige bauliche Veränderungen müssen zugelassen werden.
- ☀ Wir unterstützen nachhaltige Konzepte bei der Restaurierung solcher Baudenkmäler genauso wie deren Einbindung in Methoden zur klimaneutralen Stromerzeugung. Deswegen ist es wichtig, dass endlich auch in den historischen Altstädten Photovoltaikanlagen oder Windkraftanlagen in Sichtweite gesetzlich zulässig sind.



Fladungen



Fladungen

Umwelt- und Klimaschutz ist Menschenchutz

Wir, die wir auf der unterfränkischen Trockenplatte leben, wissen, dass der Klimawandel immer weiter voranschreitet. Wir sind die trockenste und heißeste Region in Bayern. Das bedeutet Wassermangel, Ernteausfälle, Waldsterben und ein Rückgang der Artenvielfalt.

Was kann der Bezirk tun? Der Bezirk ist seit März 2023 Gründungsmitglied im Klimaschutznetzwerk Main- Rhön. Der Bezirk hat sich verpflichtet, seine Klimaziele einzuhalten und bis 2035 klimaneutral zu werden.

In der letzten Legislaturperiode hat der Bezirk auf Mitinitiative der GRÜNEN- Fraktion einen Klimaschutzmanager eingestellt. Das von ihm erarbeitete Klimaschutzkonzept ist wegweisend und wird unser Leitfaden für die nächsten Jahre sein.

Wir GRÜNE werden darauf achten, dass das Konzept in zügigen Schritten umgesetzt wird. Dazu soll es ein regelmäßiges Controlling aller Klimaschutzmaßnahmen in allen Einrichtungen des Bezirks geben.



Photovoltaikanlage auf dem Gebäude der Bezirkshauptverwaltung in Würzburg

Das Konzept greift die GRÜNEN Positionen auf:

- ☀ Herzstück des Konzeptes ist die **Energetische Gebäudesanierung**: Für die 150 Liegenschaften des Bezirks wird derzeit ein **Energiemanagement** erarbeitet, das die Verbräuche spürbar senken soll.
- ☀ **Stromerzeugung aus regenerativen Energiequellen**: Der bisher relativ geringe Photovoltaikzubaue (PV) muss konsequent fortgesetzt werden. Geplant sind die Überdachung des neuen Parkplatzes am Schloss Werneck mit PV- Anlagen, sowie PV auf den Dächern der Jugendbildungsstätte in Würzburg.
- ☀ Ökostrom für alle Liegenschaften
- ☀ Vorbildliche, nachhaltige **Neubauten** in zertifiziertem **Plusenergie-Standard, oder Passivhaus-Standard**.
- ☀ Optimierung der **Wärme- und Kältenutzung**: Im Bezirkskrankenhaus Lohr wird die Hackschnitzelheizung mit ihren **Fernwärmeleitungen** grundlegend erneuert und optimiert. Angestrebt ist die Reduzierung der Treibhausgase um 30%.
- ☀ Klimafreundliche Dienstfahrzeuge mit barrierefreien Ladepunkten, **klimafreundliche Mobilität der Mitarbeitenden** fördern
- ☀ IT-Infrastruktur muss energetisch verbessert werden, **bis 2030 solle eine CO₂-neutrale Verwaltung** der Behörden und Einrichtungen erreicht werden.



Faire, regionale und ökologische Produkte

Auf Initiative von uns GRÜNEN hat der Bezirkstag 2021 einstimmig beschlossen, den Bezirk Unterfranken zur **ersten Fairtrade-Region in Bayern** zu machen. Der Bezirk ist deswegen gehalten, in allen seinen Einrichtungen fair gehandelte, regionale und ökologische Produkte einzusetzen. Für seine Heime und Krankenhäuser werden fast ausnahmslos regionale Lebensmittel beschafft, der Kaffee stammt aus fairem Handel.

GRÜNE Positionen:

- ☀ Lebensmittel sollen nicht nur aus der Region kommen, sondern auch Bioqualität besitzen.
- ☀ Verwendung von fair gehandelten Produkten, wie z. B. Möbel und Dienstkleidung unter konsequenter Einhaltung des Lieferkettenschutzgesetzes.



Der Bezirk Unterfranken besitzt viele **Grünflächen und Parks** in seinen Einrichtungen.

GRÜNE Positionen:

- ☀ Parks und Grünflächen sind ökologisch und klimaangepasst zu bewirtschaften, um den Natur- und Artenschutz sowie den Denkmalschutz alter Bäume zu fördern.
- ☀ Erhalt der historischen Parks im Schloss Werneck und auf dem Campus des Lohrer Bezirkskrankenhauses.

Der Bezirk Unterfranken betreibt einen **teichwirtschaftlichen Beispielbetrieb** in Maidbronn. Er berät 25.000 Angler, 500 Flussfischer und 300 Teichwirte.

GRÜNE Positionen:

- ☀ Die Verbesserung für den Schutz der Lebensgrundlage für Fische und Wassertiere müssen dabei im Vordergrund stehen.
- ☀ Das Gewässermonitoring im Rahmen der Wasserhaushaltsgesetze kontrolliert die Qualität der unterfränkischen Flüsse und Bäche.
- ☀ Bei Schadensfällen oder Verschlechterungen der Wasserqualität sind unverzüglich Maßnahmen einzuleiten.
- ☀ Um die Artenvielfalt zu erhalten, soll die Nachzucht und Wiedereinsetzung bedrohter Fisch-, Krebs- und Muschelarten gefördert werden.

Die **Weinfachberatung** des Bezirks berät 240 Weingüter und Direktvermarkter, sowie 5 Winzergenossenschaften und alle alternativen Zusammenschlüsse.

GRÜNE Position:

- ☀ Insbesondere bei der Umstellung auf Bio- Betriebe sollen die unterfränkischen Winzer*innen unterstützt und umfassend informiert werden.

WIR HABEN DIE ERDE VON UNSEREN KINDERN NUR GEBORGT!

Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft

Jugendpolitik hat die Aufgabe, Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in allen Teilbereichen dieser Gesellschaft politische, persönliche und soziale Perspektiven zu eröffnen. Das heißt konkret: Politische Entscheidungsträger*innen müssen Jugendliche ernst nehmen und ihnen Orientierungshilfe geben. Denn wenn Jugendliche nicht mitwirken können, dann kehren sie der Politik den Rücken.

Die Jugendarbeit wird im Bezirk Unterfranken mit ca. einer Million Euro gefördert. Die Jugendbildungsstätte des Bezirks arbeitet politisch eigenständig mit dem Bezirksjugendring zusammen. Ihr Schwerpunkt ist die politische und kulturelle Bildung.

GRÜNE Positionen:

- ☀ Die **Unterstützung des Bezirksjugendringes und des Jugendbeirates** muss kontinuierlich weiter ausgebaut werden. Angebote für Jugendliche werden mit den Jugendlichen zusammen konzipiert und umgesetzt.
- ☀ Jugendliche Bedürfnisse müssen ernst genommen werden, deshalb braucht es echte Beteiligung. **Direkte Demokratie in Jugendverbänden** mit politischer Einflussnahme auf Entscheidungen ist zu fördern.
- ☀ Die Jugendarbeit wird weiter ideell und finanziell gestärkt, insbesondere durch die **Medienfachberatung**, die **internationale Jugendarbeit** und die Arbeit der **Jugendbildungsstätte**.
- ☀ Dezentrale Veranstaltungen für Kinder und Jugendliche – organisiert auch von kleineren Verbänden, Initiativen und Vereinen – werden in ganz Unterfranken verstärkt gefördert. Hier muss der Fokus auf den Bedürfnissen der Jugendlichen liegen, aber auch auf den unterschiedlichen örtlichen Gegebenheiten. Das Ziel ist Jugendliche überall für die Herausforderungen der Zukunft und **gegen Rassismus und Populismus** stark zu machen.
- ☀ Unterstützung und Beratung muss grundsätzlich inklusiv für alle Kinder und Jugendlichen angeboten werden.

Europa und der Bezirk wir denken über den Tellerrand hinaus!

Der europäische Austausch muss ausgebaut werden! Grüne sehen die internationale Zusammenarbeit als zentrale Aufgabe, um Kultur, Wirtschaft und Jugendarbeit zu kombinieren. Das Unterfränkische Partnerschaftskomitee hat in Bayern eine Vorbildfunktion und trägt sehr dazu bei, den internationalen Austausch vor allem junger Menschen zu fördern. Wir müssen populistischen und nationalistischen Bestrebungen in ganz Europa entgegenwirken. Der Abbau von Vorurteilen und die internationale politische Bildung sind wesentliche GRÜNE Ziele.

GRÜNE Positionen:

- ☀ Partnerschaften mit anderen europäischen Ländern ausbauen
- ☀ Angebot an Jugendreisen fördern
- ☀ Kommunalpartnerschaften gezielt unterstützen
- ☀ Informationsforen für junge und alte Menschen schaffen



Fest „Brüderschaft der Völker“ in Aschaffenburg,
Bilder: Claus Fries



Fest „Brüderschaft der Völker“ in Aschaffenburg

Lebendige Kulturlandschaft in Unterfranken

Kultur gehört für uns GRÜNE zur Daseinsvorsorge und ist somit systemrelevant! Kultur ist kein Luxus, sondern einer der Faktoren, der zur Lebensqualität beiträgt.

Mit der unterfränkischen Kulturstiftung fördert der Bezirk mit 7,5 Mio. € jährlich eine große Vielfalt an Kulturprojekten, die zu einer lebendigen Kulturlandschaft beitragen und Kulturschaffende wesentlich unterstützen. Dabei fließt ein Teil der Stiftungsgelder in neue innovative, dem Wandel der Gesellschaft entsprechende Projekte. Die Kulturförderung der Bezirke ist viel diverser geworden.

Unter Brauchtum wird auch das Brauchtum von Jüdinnen und Juden, Sinti*zze und Rom*nja, von Migrant*innen und Geflüchteten verstanden.

Dank des Einsatzes von uns GRÜNEN gibt es inzwischen in allen sieben Bezirken hauptamtliche **Popularmusikbeauftragte**, die jungen Bands und Musiker*innen Auftritte, Seminare und Studioaufnahmen ermöglichen. Neben den klassischen Förderrichtlinien für Heimatpflege und Brauchtum gibt es auch eigene Förderrichtlinien für **zeitgenössische Kulturformen**.

GRÜNE Positionen:

- ☀ Wir unterstützen die **gleichberechtigte Förderung** von weltoffenen, toleranten, interkulturellen und menschenverbindenden Angeboten.
- ☀ Wir wollen **inklusive Kulturprojekte** stärker in den Blick nehmen. Menschen mit Behinderungen müssen nicht nur Zugang zu Kulturräumen als Besucher*innen, sondern besonders auch als Mitwirkende haben. Barrierefreier Zugang zu Bühnen und Garderoben soll sichergestellt werden.
- ☀ Wir setzen uns dafür ein, dass im **ländlichen Raum Kultur gefördert** wird, und es Orte wie Konzert- oder kleine Theaterbühnen für Veranstaltungen geben muss.
- ☀ Innovative Kulturformen etwa im **digitalen Bereich** sollen auch über die Stiftung gefördert werden.
- ☀ Wir unterstützen **ökologische, ressourcenschonende und nachhaltige Ansätze** in Kunst und Kultur.
- ☀ Die bezirkseigenen Museen sollen in allen Belangen **konsequent barrierefrei** zugänglich gemacht werden, so wie in weiten Teilen in Schloss Aschach.

Erinnerungskultur - gegen das Vergessen

Als Nachfolgeeinrichtungen der ehemaligen Heil- und Pflegeanstalten tragen die psychiatrischen Kliniken Werneck und Lohr und damit der Bezirk eine besondere Verantwortung, der Erinnerung an die Verbrechen der NS-„Euthanasie“ gerecht zu werden. Die Zeitzeugen aus der Zeit des NS-Regimes und die Angehörigen der damaligen Opfer von Zwangssterilisation und Euthanasie werden immer weniger. Vor diesem Hintergrund steigt die Notwendigkeit, die Erinnerungsarbeit zu institutionalisieren und die Forschung zu intensivieren.

GRÜNE Positionen:

- ☀ Sowohl den lebenden Angehörigen und den Nachkommen als auch den Forschenden wollen wir den Zugang zu Informationsquellen erleichtern, z. B. durch die digitale Aufbereitung der Zugangsbücher zu den Pflege- und Heilanstalten.
- ☀ Wir wollen durch die Beauftragung von Expert*innen Forschungslücken im Bereich der zentralen Euthanasie in den Psychiatrien schließen.
- ☀ Wir setzen uns für eine weitere Aufarbeitung der NS-Verbrechen in den psychiatrischen Einrichtungen ein.
- ☀ Wir unterstützen und fördern regionale Projekte, die vor Ort nach den Opfern recherchieren und die Rolle lokaler Kliniken und Mitverantwortliche untersuchen.
- ☀ Wir stärken dezentrale Gedenkort.



DenkOrt Deportationen in Würzburg



Schloss Werneck im Landkreis Schweinfurt

GRÜNE Kandidat*innen in Unterfranken



Bärbel Imhof, Diplom-Biologin
61 Jahre, wohnt in Lohr a. Main

Bezirksrätin
Direktkandidatin Main-Spessart, Stimmkreis 606
baerbel.imhof@gmx.de
www.gruene-bezirkstag-unterfranken.de



Christina Feiler, Physiotherapeutin
58 Jahre alt, wohnt in Veitshöchheim

Bezirksrätin, Gemeinderätin
Direktkandidatin Würzburg-Land, Stimmkreis 609
christina.feiler@gruene-bezirkstag-unterfranken.de
www.gruene-bezirkstag-unterfranken.de



Klara May, Bio-Bäuerin
61 Jahre, wohnt in Hollstadt

Bezirksrätin, Kreisrätin
Direktkandidatin Haßberge, Rhön-Grabfeld
Stimmkreis 604
chmay@gmx.de
www.gruene-bezirkstag-unterfranken.de



Silke Trost, Sozialarbeiterin
53 Jahre, wohnt in Würzburg

Stadträtin
Direktkandidatin Bad Kissingen, Stimmkreis 603
silketrost@yahoo.de
www.gruene-silke-trost.de



Pamela Dehniger, Konzertveranstalterin
45 Jahre, wohnt in Aschaffenburg-Schweinheim

Direktkandidatin Aschaffenburg-West,
Stimmkreis 602
pamela.dehniger@gruene-ab.de



Gerhard Müller, Neuropsychologe
58 Jahre, wohnt in Gerbrunn

Bezirksrat
Direktkandidat Würzburg-Stadt, Stimmkreis 610
gerhard.mueller@neuropsychologie.de
www.gerhard-mueller-gruene.de



Eva-Maria Stöcklein, Berufsfeuerwehrfrau
36 Jahre, wohnt in Dettelbach

Stadträtin
Direktkandidatin Kitzingen, Stimmkreis 605
eva-maria.stoecklein@gruene-kitzingen.de
www.gruene-dettelbach.de



Birgit Schmitt, Selbstständige Floristin
55 Jahre, wohnt in Werneck

Kreisrätin, Gemeinderätin
Direktkandidatin Schweinfurt Stimmkreis 608
birgit.schmitt@gruene-schweinfurt.org



Stefan Memmel, Dipl.-Verwaltungsinformatiker (FH), Technomathematiker B.Sc.
30 Jahre, wohnt in Niederwerrn

Listenkandidat Schweinfurt Stimmkreis 608
stefan.p.j.mommel@outlook.de
www.stefanmommel.blog



Dr. Stefan Wagner-Geuder, Psychologe
62 Jahre, wohnt in Steinbach/Johannesberg

Direktkandidat Aschaffenburg-Ost,
Stimmkreis 601
stefan.wagner-geuder@gruene-johannesberg.de



Sabine Schmelmer, Webdesignerin
63 Jahre, wohnt in Obernburg a. Main

Direktkandidatin Miltenberg, Stimmkreis 607
info@sabine-schmelmer.de



Carmen Kronester, Erzieherin, Tierpsychologin
68 Jahre, wohnt in Fladungen

Kreisrätin
Listenkandidatin Bad Kissingen, Stimmkreis 603
carmen.kronester@gmx.de



Andrea Drexelius, Selbstständige Veranstalterin
56 Jahre, wohnt in Wiesentheid

Kreisrätin
Listenkandidatin Kitzingen, Stimmkreis 605
andrea.drexelius@gruene-wiesentheid.de



Dr. Simone Artz, Physikerin
56 Jahre, wohnt in Würzburg

Stadträtin
Listenkandidatin Würzburg-Stadt, Stimmkreis 610
simone.artz@gruene-wuerzburg.de



Angelika Rütz-Holst, Ärztin f. Allgemeinmedizin u. Psychotherapie, 52 Jahre, wohnt in Zellingen

Listenkandidatin Main-Spessart, Stimmkreis 606
angelika.ruetz@gmx.de



Nina Köberich, Realschullehrerin
38 Jahre, wohnt in Knetzgau

Gemeinderätin
Listenkandidatin Haßberge, Rhön-Grabfeld,
Stimmkreis: 604



Albert Taudte Maschinenbautechniker i. R.
66 Jahre, wohnt in Kleinwallstadt

Listenkandidat Miltenberg Stimmkreis: 607
albert.taudte@gruene-miltenberg.de



Volker Goll, Mediengestalter
61 Jahre, wohnt in Kahl am Main

Kreisrat
Listenkandidat Aschaffenburg-Ost,
Stimmkreis: 601
volker.goll@gruene-unterfranken.de



Dominik Dill, Service-Techniker Feuerwehr
32 Jahre, wohnt in Zell a. Main

Listenkandidat Würzburg-Land, Stimmkreis: 609
dominik.dill@gruene-wuerzburg-land.de



Wir bewegen Unterfranken!



Am 8.10.
beide Stimmen
für GRÜN

solidarisch. weltoffen. ökologisch. fair. GRÜN.